

Universitäts- und Hansestadt Greifswald

02.07.2018

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 28. Sitzung

der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom Montag, 2. Juli 2018

Beginn: 19:30 Uhr
Ende: 22:20 Uhr
Ort: Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesenheit

Herr Ibrahim Al Najjar
Frau Ulrike Berger
Herr Dr. Ullrich Bittner
Herr André Bleckmann
Herr Ulf Burmeister
Frau Rita Duschek
Herr Rudi Duschek
Herr Frank Embach
Frau Yvonne Görs
Herr Professor Dr. Frank Hardtke
Frau Marion Heinrich
Herr Axel Hochschild
Herr Heiko Jaap
Herr Lutz Jesse
Herr Dr. Jörn Kasbohm
Herr Dr. Andreas Kerath
Herr Jörg König
Herr Alexander Krüger
Herr Christian Kruse
Herr Thomas Lange
Herr Jürgen Liedtke
Herr Egbert Liskow
Frau Karola Lüptow
Herr Peter Madjarov
Herr Dr. Thomas Meyer
Herr Peter Multhauf
Herr Thomas Mundt
Herr Christoph Oberst
Herr Milos Rodatos
Herr Dr. Ulrich Rose
Frau Dr. Mignon Schwenke
Frau Birgit Socher
Herr Ludwig Spring
Herr Dr. Rainer Steffens
Herr Professor Dr. Thomas Treig
Herr Erik von Malottki
Frau Brigitte Witt
Frau Dr. Monique Wölk
Frau Katja Wolter
Herr Ingo Ziola

Entschuldigt

Herr Wolfgang Jochens
Herr Nikolaus Kramer
Herr Dr. Sascha Ott

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 24.05.2018
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
6. Beratung der Beschlussvorlagen
 - 6.1. Besetzungen
 - 6.1.1. Umbesetzung des Ausschusses für Bildung, Universität und Wissenschaft
Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP
 - 6.1.2. Umbesetzung des Ausschusses für Sport, Soziales und Jugend
Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP
 - 6.1.3. Besetzung Ortsteilvertretung Schönwalde II
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4
 - 6.1.4. Besetzung Stellvertreter Bauausschuss
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4
 - 6.2. 10. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Präsidentin der Bürgerschaft
 - 6.3. Änderung der Hauptsatzung (bzgl. pauschalierte Entschädigung bei Anfahrtskosten per PKW)
Fraktion DIE LINKE
 - 6.4. 1. Änderung der Bestellung der Vertretung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in der 6. Amtsperiode des Vorstandes des Pommerschen Landesmuseums - Stiftung bürgerlichen Rechts
Der Oberbürgermeister
 - 6.5. Platzkosten / Elternbeiträge ab 06/2018 - Abschluss von verhandelten Vereinbarungen über Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklung gem. § 16 KiföG M-V
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
 - 6.6. Stammkapitalerhöhung der Stadtwerke Greifswald GmbH (SWG) aus Gesellschaftsmitteln
Dez. I, Beteiligungsmanagement
 - 6.7. Festlegung von Wesentlichkeitsgrenzen für die Erstellung der Jahresabschlüsse der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gemäß §§ 44 Abs. 3, 45 Abs. 3, 46 Abs. 2 und Abs. 3 und § 47 Abs. 2 der GemHVO-Doppik und § 12 Abs. 1 KomDoppikEG M-V
Dez. I, Amt 20
 - 6.8. Aufstellung einer Spendensammelbox im Sozio-kulturellen Zentrum St. Spiritus
Dez. I, Amt 41
 - 6.9. Betreibung des Strandbades Eldena
Dez. II, Amt 23
 - 6.10. Konzept für eine nachhaltige Landwirtschaft
Dez. II, Amt 23

- 6.11. 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 6 -Technologiepark -Änderungsbeschluss
Dez. II, Amt 60
- 6.12. Änderung Wohnbauflächenpriorisierung „Koitenhagen Süd“
Dez. II, Amt 60
- 6.13. Satzung über die erste Verlängerung der Veränderungssperre für den Bereich der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 22 - Helmshäger Berg -
Dez. II, Amt 60
- 6.14. Kinderbeauftragter der UHGW
Frau Dr. Mignon Schwenke im Auftrag des Ausschusses für Sport, Soziales und Jugend
- 6.15. Schwerpunkte für die Überarbeitung der Sportförderrichtlinie
Fraktion DIE LINKE
- 6.16. Verschmutzung der Ostsee und der Küstenabschnitte durch Nord Stream 2
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4
7. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
8. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
9. Mitteilungen der Präsidentin
10. Schluss der Sitzung

TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**Die Präsidentin der Bürgerschaft**

- . eröffnet die Sitzung.
- . stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
- . fragt, ob sich jemand gegen die Bild- und Tonaufnahmen der anwesenden Presse ausspreche.

Das ist nicht der Fall.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung**Die Präsidentin der Bürgerschaft**

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . informiert, dass es zu TOP 6.14 zwei Änderungsanträge gebe.

Herr Dr. Kasbohm

- . erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE TOP 6.3 zurückziehe.

Frau Socher lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 24.05.2018**Die Präsidentin der Bürgerschaft**

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . informiert, über eine schriftlich eingegangene Änderung von Herrn Multhauf auf Seite 28, bei der die Schreibweise der Ortsteilvertretung von einem „und“ in einen Schrägstrich geändert werden soll:

Herr Multhauf

- . zitiert einen Auszug von Seite 5 des Verwaltungsberichtes bezüglich der Erneuerung des Kunstrasenplatzes im Dubnaring.
- . kritisiert, dass die Ortsteilvertretung Schönwalde I ~~und~~ / Südstadt nicht in das gesamte Verfahren einbezogen worden sei.
- . bittet den Oberbürgermeister, dafür zu sorgen, bevor weitere Schritte unternommen werden, dass diese Beschlussvorlage in der Ortsteilvertretung Schönwalde I ~~und~~ / Südstadt behandelt werde.

Frau Socher lässt über diese Änderung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	4

Herr Multhauf

- . bittet, dass auf Seite 7 ergänzt werde, weshalb er einen Ordnungsruf erhalten habe: bei der ersten Ermahnung:
„Herr Multhauf hat in Bezug zum Beschluss des Universitätssenates von 27 Missionaren gesprochen.“

bei der zweiten Ermahnung:

„Herr Multhauf hat in Bezug zum Beschluss des Universitätssenates von 27 Nicht-Missionaren gesprochen.“

Frau Socher

. weist darauf hin, dass es sich hierbei nicht um einen Ordnungsruf gehandelt habe, sondern Herr Multhauf einfach gebeten worden sei, sich an die Wortwahl hier im Hause zu halten.

. schlägt für die erste Ermahnung vor:

Frau Socher

. ruft Herrn Multhauf aufgrund seiner Ausdrucksweise zur Ordnung.

wird ersetzt durch

Frau Socher

. ermahnt Herrn Multhauf aufgrund seiner Ausdrucksweise.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Änderung abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	14	10	mehrere

Frau Socher

. schlägt für die zweite Ermahnung vor:

Frau Socher

. bittet Herrn Multhauf nachdrücklich, bestimmte Ausdrücke zu unterlassen.

wird ersetzt durch

Frau Socher

. ruft Herrn Multhauf auf, die Bezeichnung der Mitglieder des Senates als „Missionare“ zu unterlassen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Änderung abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	17	15	einige

Herr Multhauf

. beantragt, dass auf Seite 28 Folgendes ergänzt werde:

„... in der Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt behandelt werde.“ *Weder der Oberbürgermeister noch seine Stellvertreterin gingen auf die Bitte von Herrn Multhauf ein.*

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Änderung abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	7	21	einige

Herr Multhauf

. beantragt, dass auf Seite 12 Folgendes ergänzt werde:

Frau Socher

. erklärt, dass *bei Kindern* im Wettkampfsport beim Volleyball nicht sechs gegen sechs Personen spielen würden, sondern drei gegen drei. Damit der Platz effektiv ausgenutzt werde, werde das Netz quer durch die Halle gespannt. Dieser spezielle Fall sei in dieser Halle nicht umsetzbar.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Änderung abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	4	einige

Frau Socher lässt über die das geänderte Protokoll abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	1	2

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Hühr

. fragt nach den Gründen, weshalb durch den Frauenbeirat bisher kein jährlicher Bericht in der Bürgerschaft vorgebracht worden sei.

Frau Socher

. informiert, dass der Bericht in der Sitzung der Bürgerschaft im September 2018 erfolgen werde.

Bisher sei es so gewesen, dass sich die Beiräte, bei Vorliegen eines Berichtes, in der Kanzlei der Bürgerschaft angemeldet haben. Dann sei dieser TOP auf die Tagesordnung gesetzt worden.

TOP 5. Beschlusskontrolle

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister

. berichtet zum aktuellen Stand des Kinder- und Jugendbeirates. Am 18.06.2018 habe ein Treffen zwischen interessierten Jugendlichen, Vertretern des Stadtjugendringes und Vertretern der Verwaltung stattgefunden. Unter anderem seien die Ergebnisse der Online-Umfrage ausgewertet und verschiedene Formen der Beteiligung besprochen, sowie die Vor- und Nachteile ausgetauscht worden. Im Gespräch sei herausgekommen, dass die Jugendlichen sich eher eine Mischform der besprochenen Formen der Beteiligung vorstellen könnten.

Am 28.06.2018 habe das nächste Treffen stattgefunden. Das Ergebnis werde wahrscheinlich im Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend vorgestellt.

Herr Multhauf

. wünscht sich, dass beim Beschluss B702-27/18 „Überplanmäßige Auszahlung“ in Klammern hinzugefügt werde: (Gelder der Erwin-Fischer-Schule für die Sporthalle der Caspar-David-Friedrich-Schule).

. möchte den aktuellen Stand des Stadtarchives (Ifd. Nr. 357) wissen.

Herr Multhauf wird gebeten, die Frage nach dem aktuellen Stand des Stadtarchives unter TOP 8 „Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft“ zu stellen.

Herr Multhauf

. fragt nach der Umsetzung des Beschlusses *“Wirtschaftsplan 2018 des Abwasserwerkes Greifswald - Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“* (Ifd. Nr. 423).

Frau Socher

. erklärt, dass die Kreditgenehmigung noch nicht bewilligt worden sei, da die Mittel von 2017 noch nicht ausgeschöpft worden seien. Wenn dies erfolgt sei, werde der Antrag zu 2018 beschieden.

TOP 6. Beratung der Beschlussvorlagen**TOP 6.1. Besetzungen****TOP 6.1.1. Umbesetzung des Ausschusses für Bildung, Universität und Wissenschaft**

06/1489 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B723-28/18 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft wählt Frau Susanne Schmidt, als stellvertretendes Mitglied für die Fraktion Bürgerliste Greifswald – FDP, in den Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft und ersetzt damit Frau Freia Steinmetz.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 6.1.2. Umbesetzung des Ausschusses für Sport, Soziales und Jugend

06/1490 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B724-28/18 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft wählt Anica Jeske als stellvertretendes Mitglied für die Fraktion Bürgerliste Greifswald - FDP in den Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend und ersetzt damit das bisherige stellvertretende Mitglied Sylvio Maaß.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 6.1.3. Besetzung Ortsteilvertretung Schönwalde II

06/1495 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B725-28/18 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

*Herr Philipp Reißner wird aus der Ortsteilvertretung Schönwalde II abberufen.
An seiner Stelle entsendet die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4. Herrn **Stephan Schildberg** in die Ortsteilvertretung.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

TOP 6.1.4. Besetzung Stellvertreter Bauausschuss

06/1496 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

B726-28/18 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Herr Torsten Wierschin wird als Stellvertreter aus dem Ausschuss für Bau, Umwelt, Infrastruktur, Öffentliche Ordnung abberufen.

An seiner Stelle entsendet die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4. Herrn **André Carls** als Stellvertreter in den Ausschuss.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 6.2. 10. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1484 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B727-28/18

Herr Dr. Kasbohm

. erklärt, dass, egal, ob in der Bezeichnung der Ortsteilvertretungen ein „/“ oder ein „und“ stehe, die Ortsteilvertretungen in jedem Fall eine Einheit ausdrücken würden. Ortsteilvertretungen seien ein wichtiger Bestandteil der bürgerschaftlichen Gremien.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft beschließt die anliegende 10. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

TOP 6.3. Änderung der Hauptsatzung (bzgl. pauschalierte Entschädigung bei Anfahrtskosten per PKW)

06/1491.1

zurückgezogen (siehe TOP 2, Seite 4)

TOP 6.4. 1. Änderung der Bestellung der Vertretung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in der 6. Amtsperiode des Vorstandes des Pommerschen Landesmuseums - Stiftung bürgerlichen Rechts

06/1481
B728-28/18

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Multhauf

. bittet Frau von Busse, sich im Vorstand für eine Ausstellung anlässlich des 250. Geburtstages von Ernst Moritz Arndt einzusetzen.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft beruft die bisherige Vertreterin, Frau Sandra Schlegel (2. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters, Leiterin des Rechtsamtes) zum 31.08.2018 aus dem Vorstand der Stiftung Pommersches Landesmuseum ab.

Die Bürgerschaft bestellt und entsendet ab 01.09.2018 nachstehende Vertreterin in den Vorstand der Stiftung Pommersches Landesmuseum. Die Bestellung erstreckt sich auf die verbleibende Zeit der 6. Amtsperiode des Vorstandes (01/2017-12/2020).

Vertreterin:

Frau Jeannette von Busse, 1. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters, Beigeordnete, Dezernentin für Bauwesen, Umwelt, Bürgerservice und Brandschutz“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 6.5. Platzkosten / Elternbeiträge ab 06/2018 - Abschluss von verhandelten Vereinbarungen über Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklung gem. § 16 KiföG M-V

06/1479

B729-28/18 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Heinrich

- . gibt einen kurzen Rückblick zur Entstehung dieses Beschlusses.
- . befürwortet die Beschlussvorlage.
- . betont, dass man ein besonderes Augenmerk auf die Eltern mit mittlerem Einkommen legen sollte.

Herr Al Najjar

- . sagt, dass Bildung nicht zu einer Ware werden sollte, die sich nicht alle leisten können. Bildung und Ausbildung seien die Schlüssel zur gesellschaftlichen Integration. Für Kinder sei es wichtig, dass sie in Kontakt mit anderen Kindern aufwachsen würden. Mit der Beitragsfreiheit für die Kindertagesstätten gehe man einen wichtigen und richtigen Schritt.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, den Eigenbetrieb „Hanse-Kinder“ zu bevollmächtigen, die mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald und der Universitäts- und Hansestadt Greifswald verhandelten Vereinbarungen über Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklung gem. § 16 KiföG M-V i.V.m. §§ 78 b bis 78 e SGB VIII abzuschließen, welche die in der Anlage 3 dargestellten Platzkosten in den kommunalen Kindertageseinrichtungen ab Juni 2018 zur Folge haben.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Herr Dr. Bittner nimmt an der Sitzung der Bürgerschaft teil.

TOP 6.6. Stammkapitalerhöhung der Stadtwerke Greifswald GmbH (SWG) aus Gesellschaftsmitteln

06/1456

B730-28/18 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. *Die in der Jahresbilanz der SWG zum 31.12.2017 ausgewiesene Kapitalrücklage wird i.H.v. € 2.871.836,30 und die ausgewiesene Gewinnrücklage wird i.H.v. € 9.128.163,70 in Stammkapital umgewandelt. Das Stammkapital der SWG erhöht sich somit von bisher € 23.000.000,00 um € 12.000.000,00 auf € 35.000.000,00.*
2. *Die Kapitalerhöhung wird wie folgt ausgeführt:*
 - a) *Der Nennbetrag des von der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gehaltenen Geschäftsanteils i.H.v. € 23.000.000,00 wird um € 12.000.000,00 auf € 35.000.000,00 erhöht.*
 - b) *Der erhöhte Geschäftsanteil ist vom Beginn des bei der Kapitalerhöhung im Handelsregister laufenden Geschäftsjahres am Gewinn der Gesellschaft beteiligt.*
3. *§ 4 des Gesellschaftsvertrages wird geändert und lautet zukünftig wie folgt: "Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt Euro 35.000.000,00 (in Worten: Euro fünfunddreißigmillionen)."*
4. *Die Beschlüsse sind in einer notariell zu beurkundenden Gesellschafterversammlung durch den Oberbürgermeister umzusetzen, wenn folgende Voraussetzungen vorliegen:*
 - a) *vom Wirtschaftsprüfer mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk testierter*

Jahresabschluss 2017,

- b) Feststellung des Jahresabschlusses 2017 durch die Gesellschafterversammlung nach Empfehlung des Aufsichtsrates.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 6.7. Festlegung von Wesentlichkeitsgrenzen für die Erstellung der Jahresabschlüsse der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gemäß §§ 44 Abs. 3, 45 Abs. 3, 46 Abs. 2 und Abs. 3 und § 47 Abs. 2 der GemHVO-Doppik und § 12 Abs. 1 KomDoppikEG M-V
 06/1464
 B731-28/18

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Multhauf

- . kritisiert, dass durch diese Beschlussvorlage beschlossen werde, dass Beträge bis 499.999 EUR unwesentlich seien.
- . beantragt, diese Grenze auf 100 TEUR herabzusetzen.

Frau Socher lässt über den Änderungsantrag abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
3	mehrheitlich	wenige

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft beschließt für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald abweichend vom Beschluss der Bürgerschaft B635-23/17 vom 06.11.2017, Drs. 06/1167.1, eine vorübergehende Anhebung der Wesentlichkeitsgrenzen für die Erstellung der Jahresabschlüsse der Haushaltsjahre 2014 bis 2016:

1. Gemäß § 44 Abs. 3 GemHVO-Doppik gelten Abweichungen zwischen den in der Ergebnisrechnung nachzuweisenden Ergebnissen und den Ergebnissen der Rechnung des Haushaltsvorjahres sowie den Gesamtermächtigungen im Haushaltsjahr ab 500.000 EUR als erheblich und sind im Anhang anzugeben und zu erläutern.
2. Gemäß § 45 Abs. 3 GemHVO-Doppik gelten Abweichungen zwischen den in der Finanzrechnung nachzuweisenden Ergebnissen und den Ergebnissen der Rechnung des Haushaltsvorjahres sowie den Gesamtermächtigungen im Haushaltsjahr ab 500.000 EUR als erheblich und sind im Anhang anzugeben und zu erläutern.
3. Gemäß § 46 Abs. 2 GemHVO-Doppik gelten Abweichungen zwischen den in der Teilergebnisrechnung nachzuweisenden Ergebnissen und den Ergebnissen der Rechnung des Haushaltsvorjahres sowie den Gesamtermächtigungen im Haushaltsjahr ab 500.000 EUR als erheblich und sind im Anhang anzugeben und zu erläutern.
4. Gemäß § 46 Abs. 3 GemHVO-Doppik gelten Abweichungen zwischen den in der Teilfinanzrechnung nachzuweisenden Ergebnissen und den Gesamtermächtigungen im Haushaltsjahr ab 500.000 EUR als erheblich und sind im Anhang anzugeben und zu erläutern.
5. Gemäß § 47 Abs. 2 GemHVO-Doppik sind erhebliche Veränderungen bei Bilanzposten im Vergleich zum Vorjahr mindestens ab 500.000 EUR zu erläutern.
6. Gemäß § 12 Abs. 1 KomDoppikEG M-V erfolgen Korrekturen gegen die Kapitalrücklage ab 25.000 EUR im Einzelfall.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	3	1

TOP 6.8. Aufstellung einer Spendensammelbox im Sozio-kulturellen Zentrum St. Spiritus

06/1453 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
 B732-28/18 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, eine Spendensammelbox im Hof des St. Spiritus in den Betrieb zu nehmen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 6.9. Betreuung des Strandbades Eldena

06/1460 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
 B733-28/18

Herr Multhauf

. befürwortet die Beschlussvorlage; weist jedoch darauf hin, dass es auch zu unangenehmen Überraschungen, wie in Stralsund, kommen könne.
 . beantragt, dass aufgenommen werde, dass die Regelung für 2019/2020 gelte.
 Spätestens dann solle noch einmal eine Überprüfung erfolgen.

Herr Dr. Kerath

. sagt, dass die SPD-Fraktion diesem Antrag zustimmen werde.
 . könne auch dem Änderungsantrag von Herrn Multhauf zustimmen, in der Hoffnung, dass das Südmolen-Konzept bis dahin vorliegen werde und man dann noch einmal über die gesamte Struktur des Strandbades sprechen werde.
 . erklärt, dass eine mögliche Verschmutzung mit den Eintrittskosten überhaupt nichts zu tun hätte und dadurch auch nicht verhindert werden könne.
 Der Lärm und die Verschmutzung entstünden meist zu später Stunde und daher sei der Vorschlag des Oberbürgermeisters vernünftig, das Strandbad abends zuzuschließen und morgens wieder zu öffnen.
 Die Sauberkeit und die Sicherheit müssten auch weiterhin gewährleistet werden.

Herr Hochschild

. begründet, weshalb die CDU-Fraktion diese Beschlussvorlage ablehnen werde. Das was bisher gut funktioniert habe, solle man nicht einfach wegwerfen.

Herr Krüger

. stellt klar, dass es städtische Aufgabe sei, für Ordnung und Sauberkeit zu sorgen, solange die Stadt den Strand betreibe. Dies habe unabhängig vom Eintritt zu erfolgen.
 Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 spreche sich daher für die Beschlussvorlage aus.

Herr Spring

. habe in der Sitzung des Hauptausschusses gefragt, weshalb die ABS - Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung mbH (ABS) das Strandbad nicht weiterhin betreiben könne. In Stralsund könne dies die dortige Beteiligungsgesellschaft.
 . möchte wissen, weshalb europaweit ausgeschrieben werden müsse.
 . beantragt Punkt 2 zu streichen, wenn die ABS das Strandbad weiter betreiben könne.

Der Oberbürgermeister

. erklärt, dass der Gesellschaftszweck der Stralsunder Gesellschaft ein anderer sei, als der der Greifswalder.

Möglich sei es jedoch, Teilleistungen auszuschreiben. Auf eine der Teilleistungen könne sich die ABS bewerben.

. bittet diejenigen, die die Beschlussvorlage ablehnen wollen um einen Alternativvorschlag.

Herr Spring

. sagt, dass die Universitäts- und Hansestadt Greifswald Gesellschafter der ABS sei und den Vertrag daher so ändern könne, dass die Betreuung des Strandbades durch die ABS – ähnlich wie in der Hansestadt Stralsund – möglich wäre.

Frau Teetz

. sagt, dass der Gesellschaftszweck der ABS beschäftigungsfördernde und sozialbildende Maßnahmen seien. Das Strandbad falle unter keine dieser Maßnahmen. Der Umfang der Leistungen erfordere eine europaweite Ausschreibung.

Frau von Busse

. stellt klar, dass es keinen Masterplan Südmole geben werde. Es werde lediglich einen Masterplan „Ortsteile an der Dänischen Wieck“ geben, in dem die Südmole integriert sei.

Herr Dr. Kerath

. beantragt namentliche Abstimmung.

Herr Prof. Dr. Hardtke

. fragt nach dem Unterschied zwischen dieser Vergabe und der Vergabe im Hauptausschuss.

Frau Schlegel

. erklärt, dass es sich bei der Vergabe im Hauptausschuss um eine Dienstleistungskonzession gehandelt habe. Dabei gebe es sehr umfangreiche Wertgrenzen. Bei dieser Vergabe gebe es einen städtischen Zuschuss, der fix sei bzw. bei Defiziten ausgleichend wirke. Damit liege das wirtschaftliche Risiko nicht bei dem Dritten, der den Auftrag erhalte, sondern bei der Stadt. Dadurch seien die Voraussetzungen für eine Dienstleistungskonzession nicht erfüllt. Dementsprechend befinde man sich hier im Dienstleistungsbereich und habe niedrigere Wertgrenzen.

Frau Socher lässt über den Änderungsantrag von Herrn Multhauf abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	8	6

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage namentlich abstimmen:

„Die Bürgerschaft beschließt:

1. Das Strandbad Eldena, innerhalb des umzäunten Bereiches, wird im Rahmen der Daseinsvorsorge auch zukünftig als öffentliche Einrichtung betrieben. In der Badesaison vom 01.05. bis 30.09. werden keine Eintrittsgelder erhoben.
Der BS-Beschluss B147-07/10 „Entgelte für das Strandbad“ vom 17.05.2010 ist für die Jahre 2019/2020 aufzuheben.

2. Der Betreibervertrag mit der ABS gGmbH wird zum 31.12.2018 aufgehoben.

3. Im Immobilienverwaltungsamt, Abteilung Gebäudemanagement, ist mit dem Haushaltsjahr 2019 die Stelle eines Strandbadleiters für 30 Stunden/Woche einzurichten.

4. Im Immobilienverwaltungsamt, Abteilung Gebäudemanagement, ist mit dem Haushaltsjahr 2019 die Stelle eines Strandbadleiters für 30 Stunden/Woche einzurichten.

5. Das Immobilienverwaltungsamt als Betreiber des Strandbades Eldena kann einzelne Leistungen im Rahmen von Dienstleistungsvereinbarungen bzw. nach Ausschreibungen an Dritte vergeben.“

Mitglieder der Bürgerschaft	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Herr Ibrahim Al Najjar	X		
Frau Ulrike Berger	X		
Herr Dr. Ullrich Bittner	X		
Herr André Bleckmann		X	
Herr Ulf Burmeister		X	
Frau Rita Duschek	X		
Herr Rudi Duschek		X	
Herr Frank Embach		X	
Frau Yvonne Görs	X		
Herr Professor Dr. Frank Hardtke		X	
Frau Marion Heinrich	X		
Herr Axel Hochschild		X	
Herr Heiko Jaap		X	
Herr Lutz Jesse		X	
Herr Wolfgang Jochens	entschuldigt		
Herr Dr. Jörn Kasbohm	X		
Herr Dr. Andreas Kerath	X		
Herr Jörg König	X		
Herr Nikolaus Kramer	entschuldigt		
Herr Alexander Krüger	X		
Herr Christian Kruse		X	
Herr Thomas Lange	X		
Herr Jürgen Liedtke		X	
Herr Egbert Liskow		X	
Frau Karola Lüptow		X	
Herr Peter Madjarov	X		
Herr Dr. Thomas Meyer		X	
Herr Peter Multhauf	X		
Herr Thomas Mundt		X	

Herr Christoph Oberst	X		
Herr Dr. Sascha Ott	entschuldigt		
Herr Milos Rodatos	X		
Herr Dr. Ulrich Rose	X		
Frau Dr. Mignon Schwenke	X		
Frau Birgit Socher	X		
Herr Ludwig Spring		X	
Herr Dr. Rainer Steffens		X	
Herr Professor Dr. Thomas Treig		X	
Herr Erik von Malotki	X		
Frau Brigitte Witt	X		
Frau Dr. Monique Wölk	X		
Frau Katja Wolter		X	
Herr Ingo Ziola		X	

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
21	19	0

TOP 6.10. Konzept für eine nachhaltige Landwirtschaft

06/1461.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B734-28/18

Der Oberbürgermeister

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Frau Berger

. beantragt Rederecht für Prof. Dr. Michael Succow von der Succow-Stiftung und Sebastian Schmidt von der FINC Foundation.

Herr Dr. Kerath

. beantragt Rederecht für Frau Kurowski – eine Greifswalder Landwirtin.

Frau Socher

. weist darauf hin, dass die Redezeit pro Redner vier Minuten betrage.
. lässt über das Rederecht für Herrn Prof. Dr. Succow abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	8	einige

Frau Socher lässt über das Rederecht für Herrn Schmidt abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
20	15	einige

Frau Socher lässt über das Rederecht für Frau Kurowski abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	7	1

Herr Prof. Dr. Succow

- . erklärt, dass die Chemikalien enorme Auswirkungen auf die Wirtschaft und Umwelt hätten.
- . bittet, den Umgang mit dem öffentlichen Land ernst zu nehmen.

Herr Schmidt

- . bittet die Mitglieder der Bürgerschaft dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 zuzustimmen.
- . stellt drei Punkte vor, die die Mitglieder der Bürgerschaft bedenken sollten:
 1. Es gebe eine repräsentative Umfrage in Greifswald, die aussage, dass die Menschen weniger Pestizide und Chemikalien auf den Agrarflächen eingesetzt haben wollen.
 2. Eigentum verpflichtet. Es gebe eine ganz besondere Verantwortung für dieses Land. Die Mitglieder der Bürgerschaft sollten darüber entscheiden, wie mit diesem Land langfristig und nachhaltig umgegangen werde.
 3. Greifswald sei seit einiger Zeit nachhaltige Stadt der UNESCO. Die Nachhaltigkeitsziele der UNESCO seien deutlich konkreter im Änderungsantrag berücksichtigt als in der Beschlussvorlage.
- . geht auf die einzelnen Punkte der Beschlussvorlage ein.
- . findet, dass Anreize für Landwirte geschaffen werden sollten.

Frau Kurowski

- . legt dar, weshalb man dem Änderungsantrag zustimmen könne. Man habe einen gemeinsamen Weg zu mehr Nachhaltigkeit gefunden und zwar heruntergebrochen auf die in dieser Region wichtigen Punkte.
 - . fordert insbesondere den NABU und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 auf, sich an einem runden Tisch mit den Landwirten zu beteiligen.
- Die Landwirte würden finden, dass man nun erst einmal mit dem von den Ausschüssen vorgeschlagenen Weg arbeiten sollte. Dieser beruhe auf einem großen Maß von Vertrauen auf Seiten der Pächter und Verpächter und bewahre zusätzlich die Handlungskompetenz der Stadt.

Frau Berger

- . erinnert daran, dass sie selbst Mitglied in der Greifswalder Agrarinitiative sei.
- . bringt den Änderungsantrag ein:

1. *„Die Bürgerschaft bekennt sich zum Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft und der Reduktion von die „Biodiversität gefährdenden Stoffen“ (lt. BVL Zulassungsliste) sowie zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung auf stadteigenen landwirtschaftlichen Flächen. Dabei sollen die Interessen der bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe berücksichtigt und in einem fairen Interessenausgleich abgewogen werden. Eine sachliche Grundlage dafür könnte der Leitfaden zur Integrierten Landwirtschaft der Europäischen Initiative für Nachhaltige Entwicklung in der Landwirtschaft eV“ (EISA) sein.*

2. *Die Stadt bekennt sich zur Greifswalder Agrarinitiative (GAI) im Sinne des in Anlage 1 beigefügten Leitbilds und wird auf konsensorientierte Lösungen hinarbeiten und den Prozess im Sinne des Punktes 1 vorantreiben. Die Bürgerschaft bittet den Oberbürgermeister und damit die kommunalen VertreterInnen der UHGW darauf hinzuwirken, dass im Rahmen eines öffentlichen Beteiligungsprozesses (u.a. mit GAI, Tourismus- und Umweltverbänden, dem Bauernverband, den betroffenen OTV, dem federführenden Fachausschuss sowie der interessierten Öffentlichkeit) z. B. in Form von Workshops das Leitbild und die Kooperationsvereinbarung präzisiert werden. Über den Fortgang dieses Anliegens ist dem Fachausschuss der Bürgerschaft spätestens nach einem Jahr vorzutragen. Die Pächter werden bei Verlängerung bestehender Verträge oder Neuabschluss verpflichtet, aktiv in der GAI mitzuwirken und ggf. Flächen für abgestimmte Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.*

3. Die Verwendung von die „Biodiversität gefährdenden Stoffen“ soll in einem mit den Pächtern abzustimmenden Konzept schrittweise reduziert werden.
- a) Glyphosat soll bis Ende 2020 entsprechend der Empfehlung des Julius Kühn Instituts (Bundesforschungsinstitut) gemäß Anlage 2 auf ein absolutes Mindestmaß reduziert werden. Die Verwendung ist der Stadt anzuzeigen.
- b) Für andere die „Biodiversität gefährdende Stoffe“ ist durch die Verwaltung bis Ende 2020 ein mit den Pächtern, der GAI und Institutionen der landwirtschaftlichen Fachberatung abgestimmtes Konzept zur Reduzierung dieser Stoffe vorzulegen.
- c) Bei Pachtvertragsverlängerungen ist nach Ablauf einer Übergangsfrist von max. drei Jahren auf den Einsatz von Glyphosat, Neonikotinoiden und anderen die Biodiversität beeinträchtigen Stoffe zu verzichten. Bei Neuabschluss von Verträgen gilt ein sofortiges Einsatzverbot.
4. Im Rahmen der GAI sollen künftig zusätzlich Kooperationsvereinbarungen gemäß Anlage 3 (Entwurf Arbeitsstand vom 02.05.18) zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft und der Biodiversität in der Agrarlandschaft um Greifswald abgeschlossen werden. Die Steuerung erfolgt über die GAI.
5. Die Verwaltung wird im Rahmen des Immobilienberichts über den Prozessfortschritt berichten. Nach drei Jahren (bis Ende 2021) ist eine Evaluation der Kooperationsverträge vorzulegen, die Aufschluss darüber gibt, welche Maßnahmen im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie von den Pächtern auf städtischen Flächen ergriffen worden sind.
6. Die verschiedenen Bürgerschaftsgremien sind dazu angehalten, sich ebenfalls in den Prozess zu konsensorientierten Lösungen einzubringen, denn dieser Prozess wird Umwelt-, Liegenschafts-, Wirtschafts- und Bildungsfragen sowie soziale Aspekte integrativ verbinden müssen.“

Herr Dr. Kasbohm

. begründet, weshalb die Fraktion DIE LINKE der Beschlussvorlage weitestgehend unverändert zustimmen wolle. Im Herbst 2017 seien Vertreter der Greifswalder Agrarinitiative in die Fachausschüsse gekommen und hätten sich vorgestellt. Im Februar/März 2018 sei auf Anregung von Herrn Dr. Rose eine Vorlage in die Gremien gebracht worden. Sofort sei die Greifswalder Agrarinitiative bereit gewesen, mit allen Fraktionen zu reden. Außerdem habe die Greifswalder Agrarinitiative die Mandatsträger zu sich eingeladen, um sich vorzustellen und zu zeigen, wie sie arbeiten. Das bedeute, es sei hier ein kooperativer Ansatz eingefordert worden. Im April seien dann ein Entwurf eines Leitbildes und ein Entwurf eines Kooperationsvertrages eingegangen. Bevor daraus eine Vorlage entwickelt werden konnte, habe die Verwaltung alle diese und zusätzliche Punkte in einer Beschlussvorlage zusammengestellt.

Frau Dr. Wölk

. berichtet von einer Veranstaltung zum Thema „Grüne Gewerbegebiete“, aus der sie drei Punkte mitgenommen habe:

- Nachhaltigkeit oder die Übernahme ökologischer Verantwortung als Wettbewerbsfaktor in der freien Wirtschaft stehe heutzutage außer Frage.
- Nachhaltigkeit sei keine Frage einzelner Maßnahmen, sondern es handele sich immer um ein Gesamtpaket von aufeinander abgestimmten Maßnahmen und Schritten. In diese Maßnahmen seien unterschiedliche betroffene Personen, Organisationen und Unternehmen einzubeziehen.
- Die bereits jetzt zu beobachtenden Veränderungen beim Klima und Wetter würden sich weiter verstetigen. Das bedeute, dass die Sommer trockener und heißer werden und die extremen Wetterereignisse sich häufen würden. Dies habe auch Auswirkungen auf die Landwirtschaft, die Anbaumethoden und die Auswahl der anzubauenden Kulturpflanzen.

Die SPD-Fraktion befürworte und unterstütze die Ziele der Greifswalder Agrarinitiative und könne sich vorstellen, dass das Konzept für Neuverpachtungen einen Kriterienkatalog anzuwenden, eine sinnvolle Einrichtung sei. Auf diese Weise könnten

tatsächlich ökologische und soziale Nachhaltigkeitskriterien für die zukünftige Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen eine Bedeutung und eine wichtige Rolle spielen.

Wichtig sei, dass man auf die unterschiedliche spezifische Situation der einzelnen Betriebe eingehen könne und dass spezifische Nachhaltigkeitskriterien zur Anwendung kämen, die für Betriebe von Bedeutung seien.

Frau Dr. Schwenke

. sagt, dass die Fraktion DIE LINKE bei Einbringung der Beschlussvorlage das Ziel gehabt habe, auf den Einsatz von Glyphosat und Neonicotinoide möglichst schnell vollkommen zu verzichten.

. wird dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 zustimmen.

. findet, dass die Prozesse viel zu lange andauern würden und man schneller handeln müsse.

Herr Lange

. bittet, der Verwaltungsvorlage zu folgen. Die Vorlage sei in einem langen Prozess erarbeitet worden und basiere auf gegenseitigem Vertrauen.

. bittet gleichzeitig, den Punkten 2 und 3 des Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 nicht zuzustimmen.

. geht auf die von Herrn Schmidt genannte Umfrage ein. Diese Umfrage stamme vom Lehrstuhl von Herrn Prof. Dr. Daniel Schiller. Dieser habe vor kurzem mitgeteilt, dass er das Verwenden dieser Umfrage im Zusammenhang mit dieser Beschlussvorlage nicht wünsche.

Frau Wolter

. sagt, dass die Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP von der Vorlage der Verwaltung begeistert gewesen sei, da diese in enger Zusammenarbeit mit den Beteiligten entstanden sei. Das Vertrauen und die Kooperation solle nicht zerstört werden. Daher würde nur Punkt 1 des Änderungsantrages für die Fraktion infrage kommen.

Frau von Busse

. sagt, dass durch den hier vorliegenden Änderungsantrag die gesamte Kooperationsform aufgekündigt werde und die Festlegungen auf nur städtische Flächen heruntergebrochen werden.

. wirbt für die Verwaltungsvorlage.

Herr Hochschild

. erklärt, dass die CDU-Fraktion sich den Worten von Herrn Lange, Frau Wolter und Frau von Busse anschließe.

. spricht sich für die Verwaltungsvorlage aus.

Frau Socher lässt einzeln über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 abstimmen:

1. *„Die Bürgerschaft bekennt sich zum Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft und der Reduktion von die „Biodiversität gefährdenden Stoffen“ (lt. BVL Zulassungsliste) sowie zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung auf stadteigenen landwirtschaftlichen Flächen. Dabei sollen die Interessen der bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe berücksichtigt und in einem fairen Interessenausgleich abgewogen werden. Eine sachliche Grundlage dafür könnte der Leitfaden zur Integrierten Landwirtschaft der Europäischen Initiative für Nachhaltige Entwicklung in der Landwirtschaft eV“ (EISA) sein.*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
26	13	0

2. Die Stadt bekennt sich zur Greifswalder Agrarinitiative (GAI) im Sinne des in Anlage 1 beigefügten Leitbilds und wird auf konsensorientierte Lösungen hinarbeiten und den Prozess im Sinne des Punktes 1 vorantreiben. Die Bürgerschaft bittet den Oberbürgermeister und damit die kommunalen VertreterInnen der UHGW darauf hinzuwirken, dass im Rahmen eines öffentlichen Beteiligungsprozesses (u.a. mit GAI, Tourismus- und Umweltverbänden, dem Bauernverband, den betroffenen OTV, dem federführenden Fachausschuss sowie der interessierten Öffentlichkeit) z. B. in Form von Workshops das Leitbild und die Kooperationsvereinbarung präzisiert werden. Über den Fortgang dieses Anliegens ist dem Fachausschuss der Bürgerschaft spätestens nach einem Jahr vorzutragen. Die Pächter werden bei Verlängerung bestehender Verträge oder Neuabschluss verpflichtet, aktiv in der GAI mitzuwirken und ggf. Flächen für abgestimmte Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
19	20	0

3. Die Verwendung von die „Biodiversität gefährdenden Stoffen“ soll in einem mit den Pächtern abzustimmenden Konzept schrittweise reduziert werden.

a) Glyphosat soll bis Ende 2020 entsprechend der Empfehlung des Julius Kühn Instituts (Bundesforschungsinstitut) gemäß Anlage 2 auf ein absolutes Mindestmaß reduziert werden. Die Verwendung ist der Stadt anzuzeigen.

b) Für andere die „Biodiversität gefährdende Stoffe“ ist durch die Verwaltung bis Ende 2020 ein mit den Pächtern, der GAI und Institutionen der landwirtschaftlichen Fachberatung abgestimmtes Konzept zur Reduzierung dieser Stoffe vorzulegen.

c) Bei Pachtvertragsverlängerungen ist nach Ablauf einer Übergangsfrist von max. drei Jahren auf den Einsatz von Glyphosat, Neonikotinen und anderen die Biodiversität beeinträchtigenden Stoffe zu verzichten. Bei Neuabschluss von Verträgen gilt ein sofortiges Einsatzverbot.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
15	24	2

5. Die Verwaltung wird im Rahmen des Immobilienberichts über den Prozessfortschritt berichten. Nach drei Jahren (bis Ende 2021) ist eine Evaluation der Kooperationsverträge vorzulegen, die Aufschluss darüber gibt, welche Maßnahmen im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie von den Pächtern auf städtischen Flächen ergriffen worden sind.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	18	0

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

1. „Die Bürgerschaft bekennt sich zum Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft und der Reduktion von die „Biodiversität gefährdenden Stoffen“ (lt. BVL Zulassungsliste) sowie zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung auf städtischen Flächen und auf stadteigenen landwirtschaftlichen Flächen. Dabei sollen die Interessen der bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe berücksichtigt und in einem fairen Interessenausgleich abgewogen werden. Eine sachliche Grundlage dafür könnte der Leitfaden zur Integrierten Landwirtschaft der Europäischen Initiative für Nachhaltige Entwicklung in der Landwirtschaft eV“ (EISA) sein.
2. Die Stadt bekennt sich zur Greifswalder Agrarinitiative (GAI) im Sinne des in Anlage 1 beigefügten Leitbilds und wird auf konsensorientierte Lösungen hinarbeiten und den Prozess im Sinne des Punktes 1 vorantreiben. Die Pächter werden bei Verlängerung bestehender Verträge oder Neuabschluss verpflichtet, aktiv in der GAI mitzuwirken und ggf. Flächen für abgestimmte Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.
3. Die Verwendung von die „Biodiversität gefährdenden Stoffen“ soll in einem mit den Pächtern abzustimmenden Konzept schrittweise reduziert werden.
 - a) Glyphosat soll bis Ende 2020 entsprechend der Empfehlung des Julius Kühn Instituts (Bundesforschungsinstitut) gemäß Anlage 2 auf ein absolutes Mindestmaß reduziert werden. Die Verwendung ist der Stadt anzuzeigen.

- b) Für andere die „Biodiversität gefährdende Stoffe“ ist durch die Verwaltung bis Ende 2020 ein mit den Pächtern, der GAI und Institutionen der landwirtschaftlichen Fachberatung abgestimmtes Konzept zur Reduzierung dieser Stoffe vorzulegen.
- c) Bei Pachtvertragsverlängerungen oder Neuabschluss von Verträgen sind diese Vorgaben und Ziele zu vereinbaren.
4. Im Rahmen der GAI sollen künftig zusätzlich Kooperationsvereinbarungen gemäß Anlage 3 (Entwurf Arbeitsstand vom 02.05.18) zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft und der Biodiversität in der Agrarlandschaft um Greifswald abgeschlossen werden. Die Steuerung erfolgt über die GAI.
5. Die Verwaltung wird im Rahmen des Immobilienberichts über den Prozessfortschritt berichten. Nach drei Jahren (bis Ende 2021) ist eine Evaluation der Kooperationsverträge vorzulegen, die Aufschluss darüber gibt, welche Maßnahmen im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie von den Pächtern auf städtischen Flächen ergriffen worden sind.
6. Die verschiedenen Bürgerschaftsgremien sind dazu angehalten, sich ebenfalls in den Prozess zu konsens-orientierten Lösungen einzubringen, denn dieser Prozess wird Umwelt-, Liegenschafts-, Wirtschafts- und Bildungsfragen sowie soziale Aspekte integrativ verbinden müssen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	1

TOP 6.11. 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 6 -Technologiepark -Änderungsbeschluss

06/1451 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B735-28/18

Es erklärt sich kein Mitglied der Bürgerschaft vom Mitwirkungsverbot gemäß § 24 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung KV M-V) betroffen.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Änderungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 6 – Technologiepark - wie folgt:

- Der Bebauungsplan Nr. 6 - Technologiepark - soll gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Absatz 8 i. V. m. § 13a Absatz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in dem gekennzeichneten Bereich (Abgrenzung gemäß Plan Anlage 1) im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung geändert werden.

Ziel ist es, die eingeschränkte Gewerbefläche in ein Urbanes Gebiet gem. § 6a Baunutzungsverordnung (BauNVO) für das Wohnen sowie der Unterbringung von Gewerbebetrieben und sozialen, kulturellen und anderen Einrichtungen dienende Fläche umzuwandeln.
- Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung gemäß § 3 Absatz 1 und § 4 Absatz 1 BauGB wird gemäß § 13a Absatz 2 Nr. 1 i. V. m. § 13 Absatz 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.
- Der Änderungsbeschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 i. V. m. § 13 a Absatz 3 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	0

TOP 6.12. Änderung Wohnbauflächenpriorisierung „Koitenhagen Süd“

06/1480 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
 B736-28/18 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt eine Änderung der Priorisierung der Wohnbauflächen gemäß ISEK Greifswald 2030plus. Die Fläche mit dem Arbeitstitel „Koitenhagen-Süd“ (FB 13.3 gemäß Karte 21 im ISEK Greifswald 2030plus, S. 174) soll aus der Kategorie „Zweite Priorität“ in die Kategorie „Erste Priorität“ verschoben werden. – Dies führt zur Änderung des Bürgerschaftsbeschlusses B513-18/17 „2. Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes: ISEK Greifswald 2030plus“ vom 20.02.2017.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 6.13. Satzung über die erste Verlängerung der Veränderungssperre für den Bereich der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 22 - Helmshäger Berg -

06/1437
 B737-28/18 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

1. *„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt aufgrund von § 5 Abs. 1 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 777) und der §§ 14, 16 und 17 Abs. 1 Satz 3 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), die Satzung über die erste Verlängerung der Veränderungssperre für den Bereich der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 22 - Helmshäger Berg - in der Abgrenzung des Bebauungsplans Nr. 22 - Helmshäger Berg -.*
2. *Die erste Verlängerung der Veränderungssperre für den Bereich der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 22 - Helmshäger Berg - ist ortsüblich bekanntzumachen.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 6.14. Kinderbeauftragter der UHGW

06/1469 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
 B738-28/18

Frau Dr. Schwenke

- . bringt die Beschlussvorlage ein.
- . erklärt, dass der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 übernommen werde.

Herr Spring

- . bringt den Änderungsantrag der Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP ein:

„Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 06/1469 Kinderbeauftragter der UHGW

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestellt gemäß Hauptsatzung, § 12a, zum nächstmöglichen Termin einen ehrenamtlich tätigen Kinderbeauftragten bzw. eine ehrenamtlich tätige Kinderbeauftragte.“

Herr Dr. Kasbohm

. erklärt, warum die Aufgabenstellung nun wesentlich komplexer sei, als vorher. Es gehe um mehr als nur darum, Sprechstunden abzuhalten. Es würden dringend Netzwerkarbeit und Weiterbildungen benötigt. Dies sei mit 150 EUR nicht leistbar. Bei der Haushaltsberatung müsse man darüber diskutieren, welche finanziellen Mittel man hierfür bereitstellen könne.

Herr Dr. Meyer

. stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückverweisung der Vorlagen in die Fachausschüsse, da die Änderungen nicht mit den Mitgliedern des Ausschusses für Sport, Soziales und Jugend abgestimmt seien.

Herr Krüger

. hält eine Gegenrede.

Frau Socher lässt über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Meyer abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	18	21	

Frau Socher lässt über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	22	18	

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Nachfolge eines ehrenamtlich-tätigen Kinderbeauftragten bzw. einer ehrenamtlich-tätigen Kinderbeauftragten auszuschreiben und dafür vorher das Aufgabenprofil zu überarbeiten. Die Besetzung sollte spätestens zum 01.01.2019 ermöglicht werden.

Dieses soll u.a. beinhalten:

- # Beratungstätigkeit für städtische Gremien im Interesse von Kindern*
- # Sprechstunden für Kinder, Jugendliche und Eltern*
- # konzeptionelle Vorschläge, u.a. bei Erstellung von Analysen zur Situation von Kindern, zur Kinderfreundlichkeit und Ableitung von Maßnahmen zur Verbesserung*
- # Unterstützung von Projekten von Kindern und für Kinder in Greifswald*
- # Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit*
- # Unterstützung beim Aufbau eines Kinder- & Jugendbeirates und dessen weitere Begleitung*

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Haushaltsberatungen einen Vorschlag für die finanzielle Ausstattung der Stelle zu unterbreiten.“

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	22	17	1

Damit entfällt der Änderungsantrag der Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP.

TOP 6.15. Schwerpunkte für die Überarbeitung der Sportförderrichtlinie

06/1470 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B739-28/18

Frau Dr. Schwenke

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Krüger

. sei überrascht gewesen, dass die Vorlage nun bereits wieder im Gremienlauf sei. Eigentlich sei in der letzten Sitzung der Bürgerschaft gesagt worden, dass die

Beschlussvorlage zurück in die Fachausschüsse gegeben werde, bis das Konzept vorliege.

Der Kreissportbund Vorpommern-Greifswald führe auch die Ausbildung der Vereinssportlehrer und der Übungsleiter in den Sporthallen. Daher sei dieser Punkt inhaltlich falsch aufgenommen worden.

. bittet, diese Beschlussvorlage wieder zurückzunehmen und zu warten, bis das Konzept vorliege.

Der Oberbürgermeister

. kritisiert die Formulierung: „Dabei sind folgende Punkte zu berücksichtigen bzw. aufzunehmen:“ „Berücksichtigen“ in den Überlegungen sei kein Problem. „Aufnehmen“ bedeute jedoch, dass dieser Punkt so umgesetzt werden solle. Es stelle sich nun die Frage, welcher Punkt berücksichtigt und welcher aufgenommen werden solle.

Frau Dr. Schwenke

. macht darauf aufmerksam, dass diese Beschlussvorlage in der letzten Sitzung der Bürgerschaft nicht auf der Tagesordnung gestanden habe.

Außerdem sollten durch die Fraktionen Vorgaben und Hinweise erarbeitet werden.

Herr Multhauf

. beantragt folgende Änderung: „Dabei sind besonders folgende Punkte zu berücksichtigen:“

Frau Socher lässt über den Änderungsantrag abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	10	6

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt die „Richtlinie zur Gewährung von finanziellen Zuwendungen zur Förderung des Sports in der UHGW“ sowie die „Satzung über die Förderung des Sports in der UHGW“ zu überarbeiten.

Dabei sind besonders folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Der in der Richtlinie unter 2. als Zuwendungsempfänger aufgenommene Kreis VG ist zu streichen und dafür der Sportbund der UHGW einzusetzen.
2. Die „Richtlinie zur Förderung von Investitionen oder deutlichen Wertverbesserungen an Sportanlage von 2017/18“ soll dauerhaft gelten und soll deshalb in die Satzung aufgenommen werden. Eine konkrete Fördersumme ist nicht zu nennen. Dies obliegt den Ergebnissen der jeweiligen Haushaltsberatungen.
3. Sowohl kleinere Investitionen sollen ermöglicht, als auch die Vereine beim zu erbringenden Eigenan für Förderungen durch Dritte unterstützt werden. Darüber ist im Einzelfall zu entscheiden.
4. Die Nutzung von Geschäftsräumen durch den Stadtsportbund sowie die anteilige Finanzierung von Personalkosten des Stadtsportbundes sollen unterstützt werden.
5. Die Vereine brauchen langfristige Pachtverträge von mindesten 25 Jahren. Bei Förderung durch den LSB ist dies Voraussetzung. In Übereinstimmung mit den Vereinen sind diese unbürokratisch zu verlängern, wenn nicht anderes öffentliches Interesse entgegensteht.

Die Entwürfe von Richtlinie und Satzung sind den Gremien der Bürgerschaft bis Ende 2018 vorzulegen“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
20	15	1

Herr Dr. Bittner, Frau Wolter und Herr Prof. Dr. Treig haben vor der Abstimmung die Sitzung der Bürgerschaft verlassen.

TOP 6.16. Verschmutzung der Ostsee und der Küstenabschnitte durch Nord Stream 2

06/1486 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Madjarov

- . berichtet kurz über die Entstehung der Beschlussvorlage. Nord Stream habe Umstellungen vorgenommen und sei nun wieder tätig. Was beim Greifswalder Bodden passiert sei, dürfe so und auch nicht in ähnlicher Form noch einmal passieren.
- . zieht die Beschlussvorlage zurück, da die akute Problemlage nicht mehr gegeben sei.

Herr Hochschild hat die Sitzung der Bürgerschaft verlassen.

TOP 7. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister macht folgende Mitteilungen:

- Zusammenarbeit der Hansestädte in Mecklenburg-Vorpommern
Die Hansestädte in Mecklenburg-Vorpommern hätten sich verabredet, ihre Zusammenarbeit zu intensivieren. Dazu solle ein Verein „Hansebund Mecklenburg-Vorpommern“ gegründet werden. Die Federführung der Organisation übernehme die Hansestadt Rostock. Dieser Verein solle die Organisation und die Werbung verbessern sowie Fördermittel einwerben und Sponsoren gewinnen. Bei Gründung des Vereins werde eine entsprechende Beschlussvorlage in die Gremien eingereicht.
- Bürgerentscheid Wackerow
Die Gemeindevertretung Wackerow habe beschlossen, einen Bürgerentscheid zur Fusion mit der Universitäts- und Hansestadt Greifswald durchzuführen. Dieser werde am 26.08.2018 in Form einer reinen Briefwahl erfolgen. Am selben Tag werde ein Bürgerentscheid in der Gemeinde Neuenkirchen erfolgen. Hierbei gehe es darum, ob eine Großgemeinde gebildet werden solle. Sollte der Bürgerentscheid in Wackerow positiv ausfallen, werde die Anhörung durch das Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern eingeleitet werden.
Danach werde eine Beschlussvorlage in die Gremien der Greifswalder Bürgerschaft eingereicht werden.
- Kleine Anfragen
Die Kleinen Anfragen seien in der letzten Zeit sehr umfangreich gewesen. In vielen Fällen sollten sehr weit zurückreichende Daten ermittelt werden, was zu aufwendigen Recherchen geführt habe. Der Oberbürgermeister bittet um Verständnis, dass die Beantwortung durchaus ein paar Wochen länger dauern könnte. In Einzelfällen werde geprüft, ob es sich um eine Große Anfrage handele.
- Das Richtfest für die Erwin-Fischer-Schule finde am 05.07.2018 um 11:30 Uhr statt.
- Die Grundsteinlegung des Stadtarchivs erfolge nicht am 13.07.2018, sondern am 12.07.2018 um 10:00 Uhr.

Herr von Malottki

- . fragt, ob auch ein Bürgerentscheid bezüglich der Fusion mit Wackerow für die Greifswalder Bürger vorgesehen sei.
- . wünscht sich, dass eine entsprechende Kosten- und Finanzierungsübersicht zur Fusion dargelegt werde.

Der Oberbürgermeister

- . erklärt, dass Bürgerentscheide entweder von der Bürgerschaft beschlossen oder von entsprechend vielen Unterschriften der Bürger in die Wege geleitet werden.
Die Kosten der Fusion würden selbstverständlich zusammen mit der Beschlussvorlage vorgelegt.

TOP 8. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Al Najjar

- . geht auf die Unsauberkeit des Greifswalder Marktplatzes ein.
- . fragt, weshalb keine Baumaßnahmen an den Pflastersteinen des Marktes vorgenommen werden würden, da die tiefen Fugen eine Unfallgefahr darstellen würden.

Herr Wixforth

- . erklärt, dass nach Veranstaltungen der Veranstalter für eine zusätzliche Reinigung zu sorgen habe.
 - . sagt, dass aus seiner Sicht der Markt nicht optimal für beispielsweise Rollstuhlfahrer sei.
- In den letzten Wochen habe der Bauhof jedoch ziemlich regelmäßig an den Fugen gearbeitet. Es handele sich hierbei aber nicht, um nicht beherrschbare Gefahren.

Herr Multhauf

- . fragt nach dem aktuellen Stand zur Erweiterung des Stadtarchives und zum Erhalt von Fördermitteln.

Frau von Busse

- . sagt, dass über die Sommerpause die restlichen noch nicht vergebenen Lose, ausgeschrieben werden und zum Herbst die übrigen Ergebnisse zu erwarten seien.

Der Oberbürgermeister

- . weist Herrn Multhauf darauf hin, dass die Information zur Erweiterung des Stadtarchives mit Absicht im nichtöffentlichen Teil des Hauptausschusses gegeben worden sei. Daher werde er zu dieser Thematik hier keine Auskunft geben.

Herr Madjarov

- . schlägt aufgrund der ausführlichen Diskussionen zum Protokoll vor, dass Änderungen nur schriftlich eingereicht werden können. Nur wenn es Dissens zwischen Protokollführer/in und der bemängelnden Person gebe, würde sie in dem Gremium diskutiert werden. Möglicherweise könne dies auch in die Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald aufgenommen werden.

TOP 9. Mitteilungen der Präsidentin

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . bedankt sich bei Frau Schlegel und Herrn Wixforth für die sehr gute Zusammenarbeit und wünscht ihnen für die neue Arbeit alles Gute.
- . verweist auf eine Änderung im Protokoll des erweiterten Präsidiums. Die konstituierende Sitzung der Bürgerschaft 2019 könne aufgrund der Hansetage nicht am 27.06.2019 stattfinden und müsse daher auf den 25.06.2019 verschoben werden. Dieser Terminvorschlag solle in den Fraktionen diskutiert werden. Eine Rückmeldung solle bis September erfolgen.
- . informiert, dass die Ausschüsse zum RGRE im September neu besetzt werden müssten. Die Vorschläge der Fraktionen sollten ebenfalls bis September eingereicht werden.

TOP 10. Schluss der Sitzung

Die Präsidentin der Bürgerschaft beendet die Sitzung der Bürgerschaft um 22:20 Uhr.

für das Protokoll

Birgit Socher
Präsidentin

Sarah Wiesenberg
Sachbearbeiterin
Sitzungsdienst
Bürgerschaft

Anlagen:

- Informationen über Hauptausschussbeschlüsse